



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1

*

solidaritaet@gmx.at

*

Februar 2024

Einladung zur Podiumsdiskussion

Mi., 13. März 2024, 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

**Krisen und Kriege:
Gefahr für Demokratie, Solidarität,
Sozialstaat, Neutralität, Umwelt**

Was ist zu tun?

Udo Bachmair

Redakteur, Moderator, Präsident der Vereinigung für Medienkultur

Dalia Sarig-Fellner

Nicht in unserem Namen Wien

Heinz Gärtner

Politikwissenschaftler, Universität Wien

Michael Kösten

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg

Ekaterina Schalmann

Politikwissenschaftlerin, System Change Not Climate Change

Monika Maria Steiner

IG-Flex/GPA, Plattform der atypisch, prekär und (unfreiwillig) selbständig Tätige

Heidemarie Tschida

Moderation

Veranstalter:



Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg

Solidarität
unsere Chance

Österreichische Solidaritätskomitee



Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Anmeldung erwünscht: ggae@gmx.at

Freier Eintritt, Spenden erbeten

Wer sind die Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg ?

Ab Mitte der 1970er Jahre hat sich auch die Gewerkschaftsführung, gegen den Willen der Mitglieder, zum Handlager der Atomlobby gemacht. Gemeinsam mit Industrie und Wirtschaft betrieb die ÖGB-Führung „sozial“partnerschaftlich eine enorme Atompropaganda. Weil wir wissen, dass AKWs und Atomwaffen siamesische Zwillinge sind und um den Willen der Mitglieder Ausdruck zu verleihen, haben wir uns 1977 als überfraktionelle Initiative gebildet und sind seitdem und nunmehr als „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ (GGAE) aktiv.

Ebenso betreibt die ÖGB-Führung seit den 1990er Jahren auch gemeinsam mit der Industrie eine massive EU-Propaganda. Die ÖGB-Führung verschließt die Augen davor, dass die EU eine Kriegs- statt Friedensunion ist und vor der NATO/EU-Kriegsausrüstung und der davon ausgehenden Gefahr für die Sicherheit Österreichs.

Der ÖGB hat zwar die immerwährende Neutralität Österreichs in den Statuten stehen hat, lebt und verteidigt diese aber nicht aktiv. Deshalb sind die GGAE 2022 Mitbegründer der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ www.unsere-neutralitaet.at

Unabhängig von jeder Partei, Institution, Firma, Kammer, ÖGB oder Gewerkschaftsfraktion, bestreiten die GGAE ihre Arbeit und Aktivitäten ausschließlich aus Spenden ihrer ehrenamtlich tätigen Aktivist:innen, Leser- und Unterstützer:innen.

Mehr dazu unter: www.atomgegner.at/ueber-uns/



**Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg**

Wer ist das ÖSTERREICHISCHE SOLIDARITÄTSKOMITEE ?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" (ÖSK) gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und „Sanierer“ im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Das ÖSK ist auch Träger der österreichweit von Betriebsrät:innen, Versicherten und Unterstützer:innen organisierte Plattform „proSV – pro Sozialversicherung und Sozialstaat“, die sich 2001 im Zuge der Proteste und der Abwehr der Angriffe auf die Sozialversicherung gebildet hat.

Weil Krisen und Kriege vor allem die Masse der arbeitenden Menschen trifft durch Teuerung, Arbeitslosigkeit, Not, Armut und Tod, ist auch das ÖSK Mitbegründer der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ www.unsere-neutralitaet.at

Das ÖSK ist ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das ÖSK erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivist:innen, Abonnent:innen und Unterstützer:innen.

Mehr dazu unter: www.prosv.at/aufgabe-und-zielsetzung/

Solidarität
unsere Chance



Österreichisches Solidaritätskomitee

Was ist die Initiative

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Anlässlich des Ukrainekrieges und der zunehmenden Krisen und Kriege auf der Welt hat sich im Sommer 2022 die Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ gebildet. Getragen von den „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ und dem „Österreichischen Solidaritätskomitee“, unterstützt von Vertreter:innen aus Wissenschaft, Kunst, Kultur, Kirche, Belegschaftsvertretungen aus Betrieben, wendet sich die Initiative mit einem offenen Brief an Bundespräsident, Regierung, Parlament, und mit Unterschriftensammlungen und öffentlichen Auftritten an die Bevölkerung. Die Unterzeichner:innen des offenen Briefes verlangen von Bundespräsident, Bundesregierung, Nationalrat und allen öffentlichen Institutionen, die immerwährende Neutralität Österreichs einzuhalten und zu schützen. Österreichs Neutralität muss nicht „überdacht“, sondern mehr denn je aktiv gelebt werden. Unsere Volksvertreter:innen sind angehalten, sich an die Neutralität zu halten, sodass Österreich nicht wieder in einen Krieg hineingezogen wird. Mehr dazu unter: www.unsere-neutralitaet.at

Großdemonstrationen gegen Rechts

In den vergangenen Wochen fanden in Deutschland mehrere Großdemonstrationen gegen Rechts mit Hunderttausenden Teilnehmer:innen statt. Am 26. Jänner gab es auch in mehreren österreichischen Städten Großdemonstrationen gegen Rechts. In Wien waren es laut Veranstalter 80.000 Teilnehmer:innen, die Polizei sprach von 30.000. Vorausgegangen waren diesen Demonstrationen ein bekannt gewordenes Treffen führender europäischer Politiker:innen und Aktivist:innen der extremen Rechten, sowie sie unterstützenden CDU-Politikern und Wirtschaftsvertretern in der Nähe von Potsdam. Bei diesem Treffen, wo auch unter anderem Martin Sellner, Chef der österreichischen Identitären, ein Verein der Neuen Rechten, anwesend war, wurden mutmaßlich Pläne zur Remigration, sprich Außerlandesbringung von als unzureichend integriert klassifizierten Migrant:innen in nicht näher definierte Gebiete in Nordafrika diskutiert. Während Politiker:innen der rechtsgerichteten deutschen Partei AfD (Alternative für Deutschland) in der Folge bemüht waren, die an die Öffentlichkeit geratene Gerüchte zu relativieren, kamen von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) keine, beziehungsweise kaum distanzierende Statements. Andere österreichische Parteien interpretierten die Proteste hingegen als Bestätigung ihrer eigenen Politik sowie ihrer Gegenposition zur FPÖ, besonders deren Chef Herbert Kickl. Was in der Debatte aber völlig fehlte, waren brauchbare Konzepte zur Verhinderung einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, und damit einem weiteren Zustrom zu rechtsgerichteten, beziehungsweise rechtsextremen Parteien nichts entgegengesetzt. Demonstrationen wie die vom 26. Jänner dienen nicht als Selbstzweck, sind nicht nur Ausdruck kollektiver Unzufriedenheit. Sie sind Aufforderung an die Politik zur Bekämpfung von Hetze und gesellschaftlichen Spaltungsversuchen. Anstatt bestimmte Personengruppen wie Arbeitslose oder Flüchtlinge zu kollektiven Feindbildern zu erklären und das jeweilige politische Programm an der weiteren finanziellen und bürokratischen Belastung dieser Personengruppen auszurichten, muss die Politik jetzt vielmehr Konzepte ausarbeiten und umsetzen, welche geeignet sind, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und eine weitere gesellschaftliche Entsolidarisierung mit sämtlichen negativen Begleiterscheinungen, wie etwa zunehmende Prekarisierung und Perspektivenlosigkeit, und in weiterer Folge eine Zunahme an Kriminalität und kollektivem Verlust gesamtgesellschaftlicher Lebensqualität zu verhindern.

Der Aufstieg von Jörg Haider als Chef der FPÖ welcher sich spätestens seit Anfang/Mitte der 1990er Jahre auch

signifikant in Wahlergebnissen niederschlagen begonnen hat, ist untrennbar mit dem Zusammenbruch des Ostblocks, den Geschehnissen des Jugoslawienkrieges und der daraus resultierenden Fluchtbewegung, unter anderem auch nach Österreich, und dem damit einhergehenden Wiedererstarken von offenem Rassismus verknüpft. Die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP taten wenig bis nichts, um dieser Entwicklung, um den Ressentiments innerhalb der Bevölkerung, entgegenzutreten, sondern überließen diese Aufgabe wie auch 30 Jahre später der Zivilgesellschaft; Stichwort Lichtermeer.



Auch wir beteiligten uns an der Demonstration vor dem Parlament in Wien und verteilten Flugblätter.

Wirtschaft und die ihren Interessen dienenden Politiker, Parteien und Medien, nutzen und nutzen bis heute diese Situation, um billige Arbeitskräfte als Lohndrücker ins Land zu holen und finanzieren und finanzieren gleichzeitig die FPÖ und Rechtsradikale, die dann gegen „Ausländer“ Stimmung machten und machen. Erst jüngst hat Wirtschaftskammerpräsident Mahrer FPÖ-Chef Kickl gelobt und sich auch für eine Koalition mit Kickl ausgesprochen. Ein übles Spiel mit verteilten Rollen. Gewinner sind Industrie, Medien und bestimmte Politiker, Verlierer sind sowohl die ausländischen Arbeitskräfte und Flüchtlinge als auch der Rest der Bevölkerung. Wir sollen uns gegenseitig den Schädel einschlagen, so Lohndruck, Arbeitsdruck, steigende Arbeitslosigkeit und Armut hinnehmen, während die Wirtschaft, die Konzerne, Bosse, Politikapparate und Medien, die Reichen von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr von dieser Ausspielerei und Hetze profitieren und reicher und reicher werden.

HINWEIS:

23. März 2024, 14:00: Großdemonstration gegen Rechts zum UN-Tag gegen Rassismus

Treffpunkt: Platz der Menschenrechte, Mariahilfer Straße 1, 1070 Wien

Wer mit uns hingehen und beim Flugblattverteilen helfen will gibt uns dies bitte bekannt unter:

ggae@gmx.at, Kennwort: Demo 23. März

Österreichplan und Remigration

Nehkickl und Kicklhammer

Der „Österreichplan“ von Bundeskanzler Nehammer macht Reiche reicher und Österreich und seine Menschen arm.

Schaut man sich Nehammers Plan an, dann will er die Kickl-FPÖ, mit der er bzw. die ÖVP angeblich um keinen Preis nach einer nächsten Wahl koalieren möchte, rechts überholen. Das machen schon ÖVP-Mikl-Leitner in Niederösterreich sowie die ÖVP in Salzburg und Oberösterreich. Das dient dazu, die FPÖ als „ganz normale“ Partei etablieren.

So will Nehammer das „Asylunwesen“ eindämmen, z.B. durch Obergrenzen und Bezahlkarten statt Bargeld. Dabei bekommen Asylwerber bestenfalls ein Taschengeld, der Rest (z.B. Wohnen) wird direkt an den Vermieter überwiesen. Die geltenden Obergrenzen wurden nicht erreicht. Aber auch SPÖ-Doskozil springt auf das Nehammer-Kickl-Programm auf und kann sich eine Koalition auch mit Kickl und der FPÖ vorstellen. Kickl selbst rückt zwar nicht von der plumpen Ausländerhetze ab, redet aber neuerdings auch von „Gastarbeitern“, die er doch im Land haben möchte, weil er die Unterstützung der Wirtschaft will. „Gastarbeiter“ sind für Kickl in Österreich als billige Arbeitskräfte mit weniger Rechten und als Lohndrücker im Interesse der Wirtschaft willkommen. So will ja Wirtschaftskammerpräsident Mahrer 70.000 ausländische Arbeitskräfte ins Land lassen, was eben Lohndruck bedeutet. Mahrer kann sich deshalb auch eine Unterstützung von Kickl und FPÖ nach der Wahl vorstellen, je nachdem was Türkis-Grün noch weiterbrächten. Dass die FPÖ mit der „Remigrationspolitik“ des Identitären Sellner einverstanden ist, stört den obersten Wirtschaftskammerer ganz und gar nicht. Was zeigt, zwischen „Konservativen“, „Bürgerlichen“, Wirtschaft und Industrie gibt es keine „Brandmauer“ gegen Rechts. Das war früher so, siehe 1930er Jahre: März 1933, Februar 1934, März 1938. Als die „Christlich-Sozialen“ = „Vaterländischen“ = Austrofaschisten

mit Diktatur und Ausbeutung, mit Geld aus der Industrie und mit bewaffnetem Paramilitär und Militär die arbeitenden Menschen unterdrückte und schließlich mit der widerstandslosen Aufgabe Österreichs und Zustimmung zum Anschluss, den Nazis den Weg ebneten. Ob Austrofaschist, ob Nazifaschist – Gemeinsamkeit und Hauptsache für beide war und ist: die Arbeitenden sollen unterdrückt bleiben, kuschen und hackeln. Das droht auch heute wieder. Je mehr Kapitalisten in der Wirtschaftskrise ihre Profite bedroht sehen, desto mehr wollen sie das auf dem Rücken der arbeitenden Menschen mit Hilfe ihrer Regierungen ausgleichen. Je mehr die Masse der Bevölkerung aber darunter leidet, beginnt sie sich durch Massenprotest und Streiks zu wehren. Wie das ja schon seit Jahren – gebremst nur durch die Ausnahmegesetzgebung während Coronas – in vielen Ländern nicht nur in der fernen Welt, sondern auch mitten in Europa der Fall ist. Um ihre Profite zu sichern, greifen die Machthaber deshalb verstärkt zu Knüppel, Verbot, Ausnahmegesetzen, Überwachung, Unterdrückung, Kriegsrecht und Krieg.

Dass Nehammer in seinem „Österreichplan“ klarerweise keine Vermögenssteuern vorschlägt, findet natürlich auch bei der FPÖ vollen Anklang. Denn auch der vom FP-Führer herbeigewünschte „Volkskanzler“ hat natürlich nicht vor, die Reichen zu schröpfen und den Armen zu geben. Nehammer, FP und Kickl, Wirtschaft und ihren Medien wollen eine Stimmung des „nach unten treten“ und „nach oben buckeln“ erzeugen. So sollen die Reichen geschont, aber die arbeitenden Menschen mit der Hetze gegen die Ausländer und Flüchtlinge davon abgelenkt werden, von ihren gemeinsamen Ausbeutern, den Unternehmern und Konzernen, bessere Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Reallöhne bei der höchsten Inflation und Teuerung seit Jahrzehnten zu erkämpfen.

Diese Propaganda und Spaltung soll davon ablenken, dass die in den

Medien hochgespielte und „debattierte“ **„Senkung der Lohnnebenkosten“** nicht mehr, sondern weniger im Börsel bringt, weil dadurch den Arbeitenden die von ihnen bereits erarbeiteten und dann als Sozialleistungen zugutekommenden Leistungen z.B. bei Gesundheit, Pensionen, Arbeitslosengeld, Unfall, Krankheit, Abfertigung, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), usw. in Milliardenhöhe weggenommen werden. **Fast 4 Milliarden Euro will sich so die Regierung bei den arbeitenden Menschen für die Unternehmer und Konzerne holen.**

Für diese Unternehmergeschenke will die ÖVP eben auch die **Senkung des Arbeitslosengeldes** auf 50%. Wer schon einmal arbeitslos war, weiß, was es bedeutet, auf einmal nur mehr mit der Hälfte vom früheren Lohn/Gehalt auskommen zu müssen. Und das betrifft nicht wenige: In Österreich sind mehr als 900.000 Menschen mindestens einmal im Jahr arbeitslos. Das ist rund ein Viertel aller unselbstständig Beschäftigten (ÖGB). Da nicht jedes Jahr dieselben Menschen arbeitslos werden, heißt das, dass Arbeitslosigkeit jeden und jede treffen kann. Wie man bei der jüngsten Insolvenzwelle sieht, trifft eine Arbeitslosigkeit nicht, weil Mann oder Frau faul ist wie die Regierung behauptet, sondern weil die Firmen, wenn ihre Profite ausbleiben, zusperren oder sich in die Insolvenz retten (siehe Signa usw.). Die Kürzung des Arbeitslosengeldes soll wegen der Senkung der Lohnnebenkosten für die Unternehmer kommen und wandert direkt in deren Taschen. Dadurch zahlen Unternehmer und Konzerne noch weniger von der durch die arbeitenden Menschen erarbeiteten Wertschöpfung in die sozialen Kassen. Während die breite Masse der Bevölkerung durch Teuerung immer weniger Kaufkraft hat, sollen sie durch weniger Geld in den Kassen, dann immer mehr der bislang sozialen Leistungen direkt privat selbst bezahlen.

Die von Nehammer angekündigte Abschaffung der „Subventionitis“ ist nur ein weiteres massives Ablenkungsmanöver davon, dass die ÖVP gleichzeitig vorhat, eine neue „Investitionsprämien“ für Unternehmen und Konzerne einzuführen, womit diese weiter mit Milliarden gefüttert werden. Da applaudieren Medien, Wirtschaft, ÖVP, FPÖ und Neos. Die arbeitenden Menschen haben nichts davon.

Auch die immer ärger werdenden Auswirkungen der Abwälzung der **11-Milliarden-Signa-Pleite** auf die arbeitenden Menschen, werden verharmlost. Geschwiegen wird über die Verbindungen von Industrie, Wirtschaft und anderer Spekulanten sowie der Parteien, insbesondere der ÖVP, zu Benko. Gerade einmal der Benko-Gewinnler, Neo-Kapitalist Gusenbauer, wird ein wenig medial gerügt. Die restliche Bande von Altkapitalisten, Immobilienhaien, Banken,

Versicherungen, Bauunternehmen, usw., werden geschont. Sie aber haben bei und mit Benko zuvor abgesahnt, haben diesen groß werden lassen. Sie werden nicht zur Verantwortung gezogen, wenn jetzt die Kosten und weitere Folgen wie Kündigungen oder Ressourcenzerstörung (Bauruinen) auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Ein ZIB-Interview mit einem der großen Benko-Investoren, Haselsteiner, wird zur Verhöhnung des Publikums, als wäre das alles ein Witz und ein Klax. Nehammer sagte sogar in einem Interview, dass der Allgemeinheit aus der Signa-Pleite kein Schaden entstehen würde.

Gleichzeitig werden dringend nötige Investitionen für die Bevölkerung in wichtigen sozialen Bereichen wie Mieten, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Pflege, Energie, Arbeit usw. als unfinanzierbar hingestellt. Bei der Aufrüstung gilt das hingegen nicht:

18 Milliarden Euro für EU-NATO-Sky Shield, Panzer, Hubschrauber, usw. bis 2032 sind mir nix dir nix da!

Es wird klar: Nehammers „Kampf gegen die Subventionitis“ ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die arbeitenden Menschen. Was die Konzerne bekommen, fehlt bei den Menschen.

Und die „soziale Heimatpartei“ FPÖ? Ja, auch sie ist für die Unternehmer und Konzerne, für Lohnnebenkostensenkung, gegen Vermögenssteuern oder für Aufrüstung des Militärs – und somit eines Sinnes mit ÖVP, Neos, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung.

Auch die FPÖ baut mit an der „Festung“ (Eigenwerbung der FPÖ: „Festung Österreich“) für die Profiteure der Unternehmer und Konzerne gegen die Interessen der Jugend auf eine lebenswerte Zukunft, gegen Arbeiter, Angestellte, Pensionisten, Arbeitslose, Armutsbetroffene.

AK-Wahlen 2024

Schweigen im Walde?

Erinnern wir uns: Als vor fünf Jahren 2019 die AK-Wahlen anstanden, war die Regierung Kurz-Strache gerade einmal eineinhalb Jahre im Amt. Sie hatte bereits den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche ebenso beschlossen wie die Zusammenlegung der Krankenkassen zur ÖGK unter dem bis heute nicht eingelösten Versprechen, dass das eine „Patientenmilliarde“ und einfachere und bessere Versorgung bringen würde. Das Gegenteil ist der Fall.

Als nächstes Ziel hatte sich die VP-FP-Regierung die Schwächung der Arbeiterkammern (AK) zum Ziel gesetzt, u.a. durch Kürzung des AK-Beitrages oder gar durch Abschaffung der AK als gesetzliche Vertretung aller Arbeiter und Angestellten. Dann kam Ibiza und die Regierung Kurz-Strache, die schon genug Schaden am Sozialsystem Österreichs angerichtet hatte, war Geschichte. Die Menschen hielten zur AK und stärkten die AK gegen die Angriffe. Die AK als Institution und ihre Verantwortlichen, die selbst bei den größten Angriffen nur von fehlender Fairness der Regierung sprachen und immer noch auf Kooperation mit den Angreifern auf AK und soziale Rechte setzen, kamen sozusagen im wahrsten Sinne des Wortes mit einem „blauen“ Auge davon, weil es durch die FP-Machenschaften die Regierung zerriss und damit vorerst die weiteren Angriffe stoppte. Aber wie man weiß, ist aufgeschoben nicht aufgehoben. Die Angriffe auf die AK und damit auf die von den arbeitenden Menschen erkämpften sozialen Rechte kommen in den letzten 30 Jahren in Wellen, usw. dann, wenn sich die Unternehmer und ihre Wirtschaftsregierung dafür stark genug halten. Was die Industrie und die Wirtschaft von den



erkämpften Rechten der Arbeitenden halten, sah man ja bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen. Und WK-Präsident Mahrer kann sich auch nach den Nationalratswahlen im Herbst wieder eine VP-FP-Koalition vorstellen. In diesem Fall werden die Angriffe auf die arbeitenden Menschen und direkt auch auf die Institution AK wieder noch stärker werden und die alten Pläne, AK-Beitragskürzung und Angriff auf die AK als gesetzliche Vertretung aller Arbeiter und Angestellten, wieder auf die politische Tagesordnung von rechten Parteien und „Liberalen“ (Neos) kommen. Was würde das bedeuten? Weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder, also für ca. 4 Millionen arbeitende Menschen und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages.

Dagegen müssen AK, ÖGB, SPÖ und Zivilgesellschaft vehement ankämpfen. Dagegen muss die AK selbst über diese für die Arbeitnehmer:innen nie ad acta gelegten Vorhaben der Unternehmer und ihrer Rechtsparteien und „Liberalen“ (Neos) offensiv informieren und dagegen massiv auftreten! Es geht um die aktive Aufklärung über und Zurückweisung solch geplanter Angriffe. Stillhalten ist die falsche Antwort! Daher ist es völlig unangebracht, dass die AK-Spitzen in der aktuellen AK-Wahl sich so ruhig verhalten, statt die Gelegenheit zu nutzen, die arbeitenden Menschen darauf hinzuweisen und vorzubereiten.

Merksätze

Paris beschließt 18 Euro Parkgebühr für SUV's. Hurra! Aber in einem Ö1-Interview **regt sich ein Reicher** aus einem Pariser Oberschicht-Bezirk auf: „**Ich will nicht belästigt werden!**“ **Doch wer belästigt da wen?** Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) stoßen SUVs wegen des höheren Gewichts, mehr Luftwiderstand im Schnitt um 20 Prozent mehr CO₂ aus als Limousinen, die ja schon Luxuskarossen sind. Quellen: Liberation, Les Echos, IEA, Ö1.

Eine Reihe von Unternehmern bauen in verschiedenen Städten Europas **Museen** mit ihren den Arbeitern abgepressten Milliardenbeträgen, schenken sie den Städten und hängen ihre milliardenschweren Gemäldesammlungen (gekauft mit ebenso den Arbeitern abgepressten Geldern) in diese Museen.

Der Begriff „**Klimaneutralität**“ wurde als Lüge der Großkonzerne entlarvt! Auf dem globalen Kompensationsmarkt wurden offenbar über Jahre Millionen wertlose CO₂-Zertifikate ausgegeben, die nach Angaben vieler Unternehmen den Schutz von Wäldern versprochen. Sprich: Das Ganze war ein tolles Geschäft, mit dem kein Gramm CO₂ verhindert wurde. EU-Binnenmarktausschussvorsitzende Anna Cavazzini: „*Nun darf eben nicht mehr der Anschein entstehen, dass das Baumpflanzen im Regenwald die industrielle Produktion eines Autos klimaneutral macht.*“ Quelle: Guardian, SourceMaterial.

Landwirtschaft am Ende! Die Erzeugerschlacht schädigt Natur und Umwelt. Überdüngung und Nitrate verschlechtern die Qualität des Grundwassers: Vögel und Insekten werden radikal reduziert. Die Landwirte verloren ihren Bezug zur Natur und verwandelten sich in Agrarkrieger, die von den Funktionären des Bauernbundes und den Lobbyisten agro-industrieller Konzerne angetrieben wurden. Die Schlachtrufe: Modernisieren! Rationalisieren! Intensivieren! Mehr Kunstdünger, mehr Gift, Hektarerträge steigern! Angetrieben durch staatliche Beihilfen, bei sinkenden Erzeugerpreisen, die sind wiederum nur durch immer noch mehr Massenproduktion auszugleichen! Radikale Veränderungen sind dringend nötig: Giftfreies Wirtschaften, Reduktion Agro-Industrie-Massenproduktion, verkleinerte Betriebe, usw. Ziel: Nicht höchstmöglicher Gewinn, sondern beste und gesündeste Versorgung der Bevölkerung. Quelle: Die Zeit.

EU will Mini AKW's bauen! Wer rettet uns noch vor diesen Idioten, denen zur Klimarettung nichts Besseres einfällt, als AKW's zu bauen, die unser Leben über Jahrtausende mit strahlendem Abfall bedrohen, aber bei den Genehmigungen für Windräder, Fotovoltaikanlagen und anderen Energien auf der Bremse stehen. Das ist eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes und diese Verantwortlichen gehören aus dem Amt gejagt! Das Drama ist, dass nichts Besseres nachkommt, solange wir uns nicht gemeinsam wehren, uns einschalten und die Sache in unsere Hände nehmen! Quelle: Frei nach einem Leserbrief im Kurier.

Künstliche Intelligenz – natürliche Dummheit!

Zur Problematik des Energiebedarfs von Rechnern für die Künstliche Intelligenz (KI).

Zu diesem Thema schrieb schon 2020 Rainer Fischbach in einer Berliner Zeitschrift unter dem Titel „Big data – big confusion“ 1) 2) folgendes:

„Die auf Big Data bauende KI ist auf den massiven Einsatz von Rechnerleistung angewiesen. Der illusionäre Charakter der für lange Zeit populären Vorstellung, die Informationstechnik und die Netze wären irgendwie „virtuell“ und damit auch immateriell, ist offenkundig. Beispielsweise verursacht das Training einer anspruchsvollen KI-Anwendung für die Verarbeitung natürlicher Sprache so viel CO₂-Emissionen wie sechs PKW über ihren gesamten Lebenszyklus inklusive Herstellung im US-Durchschnitt (Cohen 2019 3); Strubell u. a. 2019 4)). Der gesamte Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik (ITK) wird global für 2020 mehr als 2.500 TWh an Elektrizität verbrauchen, mit stark steigender Tendenz (Jones 2018 5)). Das entspricht ungefähr dem gesamten deutschen Endenergieverbrauch von 2018. Für das Jahr 2030 wird schon ein Verbrauch von 8.000 TWh erwartet, die dann ungefähr 20% des Weltstrombedarfs ausmachen werden. Den größten Teil davon werden die Rechenzentren und die Übertragungsnetze verursachen. Big Data ist dabei ein entscheidender Treiber und entwickelt sich dadurch, doch auch durch den wachsenden Bedarf an mineralischen

Rohstoffen wie Kupfer, Kobalt, Nickel, Lithium u. a. für die Hardware, zu einem signifikanten Teil des globalen Umweltproblems.“

Resümee zu dieser "Natürlichen Dummheit": „Jeder hat das Recht blöd zu sterben, aber damit ist nicht inkludiert auch andere mit in den Tod zu reißen.“

1) Rainer Fischbach: Big Data – Big Confusion. Weshalb es noch immer keine künstliche Intelligenz gibt (S. 136–147)

2) Berliner Debatte Initial 31 (2020), 1 | H-Soz-Kult. Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften | Geschichte im Netz | History in the web (hsozkult.de)

3) Cohen, Nancy (2019): Researchers show glare of energy consumption in the name of deep learning; Abruf 18.03.2020: <https://techxplore.com/news/2019-06-glare-energy-consumption-deep.html>

4) Strubell, Emma; Ganesh, Ananya; McCallum, Andrew (2019): Energy and Policy Considerations for Deep Learning in NLP. Amherst, MA: College of Information and Computer Sciences University of Massachusetts Amherst. Abruf: 16.04.2024: <https://arxiv.org/abs/1906.02243>

5) Jones, Nicola (2018): How to stop data centres from gobbling up the world's electricity: The energy-efficiency drive at the information factories that serve us Facebook, Google and Bitcoin. In: Nature, 12. September. Abruf 18.03.2020: <https://www.nature.com/articles/d41586-018-06610-y>

„Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat auch nicht die Kraft zu kämpfen.“

(Alfred Dallinger, Sozialminister 1980 – 1983)

Anlässlich des 35. Todestages des ehemaligen Sozialministers und GPA-Vorsitzenden Alfred Dallinger am 23. Februar 2024 ein paar höchst aktuelle Erinnerungen und Überlegungen.

Dallinger „führte seine Gewerkschaft GPA auf einen linken, progressiven, umverteilungsorientierten Kurs, war aber durch seine Tätigkeit in der Sozialversicherung und Bundespolitik immer auch bedacht, konkrete Verbesserungen für die arbeitenden Menschen „auf den Boden“ zu bringen.

Sein Programm wirkt bis heute nach. Seine politischen Ideen werden heute oft als visionär bezeichnet. Sie sind durchwegs nicht für die eine politische Traditionspflege gedacht, viele seiner Ansätze sind heute höchst aktuell. Da wäre zum Beispiel einmal das Thema Arbeitszeitverkürzung. Manche werden sich vielleicht noch an die Kampagne „35 Stunden sind genug“ mit der gelben Sonne im Sujet erinnern ... Heute ist das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder in aller Munde und wird von der SPÖ unter Andreas Babler forciert. Auf der gesetzlichen Ebene ist es nach 50 Jahren Stillstand höchste Zeit, dass die Arbeitnehmer:innen an der rasant gestiegenen Produktivität auch durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in Form von mehr Lebensqualität profitieren. Auf der betrieblichen und kollektivvertraglichen Ebene ist das Thema längst angekommen ...

Auch die Frage nach der Belastung des Faktors Arbeit für die Finanzierung u.a. des Sozialstaates war schon zu Dallingers Zeiten ein großes Thema. Während die Arbeitgeber:innen nach einer Senkung der Lohnnebenkosten schreien, ohne dazu zu sagen, welche Leistungen dafür eingeschränkt werden sollen, war Dallingers Ansatz, die Bemessungsgrundlage für Abgaben auf weitere Teile der betrieblichen Wertschöpfung auszudehnen. Er prägte den Begriff der Wertschöpfungsabgabe. Viele verunglimpften den Begriff als ‚Maschinensteuer‘, die den Fortschritt bremsen würde. Es war die GPA unter ihrem Vorsitzenden Hans Sallmutter, die den Ansatz der Wertschöpfungsabgabe zur Abgabe auf betriebliche Aufwendungen erweiterte. Es handelte sich um eine Variante einer etappenweisen Einführung einer Abgabe auf alle Betriebsausgaben, also Abschreibungen, sonstiger Betriebsaufwand (Mieten, Leasing, etc.) und die Aufwandszinsen. Die GPA trat dafür ein, vorerst mit der Umstellung bei den Dienstgeberabgaben zum Familienlastenausgleichsfonds zu beginnen und in einem späteren Schritt etwa auf die Sozialversicherungsbeiträge zu erweitern. Obwohl das Modell sehr detailliert ausgearbeitet war, fand die Politik nicht den Mut, mit einer derartigen Umstellung zu beginnen ...

*Eines von Dallingers Hauptanliegen war die Bekämpfung und Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Ausbau der Arbeitsmarktpolitik. Sein Credo war, dass es in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit zu keiner Spaltung der Gesellschaft kommen dürfe. Ziel war es, die Folgen von Arbeitslosigkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen, sondern präventiv zu wirken durch Ausbildung, Arbeitsbeschaffung und ähnliche Maßnahmen. Alternative Tätigkeiten z.B. im Umweltschutz, in Dienstleistungen oder die Hinwendung zu gesellschaftlich nützlichen, aber nicht profitablen Bereichen waren für Dallinger eine wesentliche Zukunftsfrage. Mit der Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetzes 1983 wurden wichtige Grundlagen für eine moderne, aktive Arbeitsmarktpolitik geschaffen. Viele Projekte, die heute noch existieren, fanden in der Ära Dallinger ihren Ursprung. Gerade in Zeiten multipler Krisen ist die Besinnung auf eine Politik notwendig, die die Vision einer gerechten und friedvollen Welt nicht aus den Augen verliert und gleichzeitig mutig an der konkreten Umsetzung im politischen Tagesgeschäft arbeitet.“ **



* Hervorhebungen durch die Redaktion. Gekürzt aus: <https://kompetenz-online.at/2024/01/23/mut-zum-traeumen-kraft-zum-kaempfen/>, Autor Martin Panholzer.

Alfred Dallinger wurde 1966 zum Zentralsekretär und stv. Geschäftsführer und 1974 als Nachfolger von Rudolf Häuser zum Vorsitzenden der GPA gewählt. Seit 1974 war Alfred Dallinger auch Abgeordneter zum Nationalrat, ab 1975 Vizepräsident des ÖGB. Von 1968 bis 1980 war Dallinger Obmann der Pensionsversicherung der Angestellten. Im Jahr 1980 wurde er zum Bundesminister für Soziale Verwaltung ernannt.

Gaza-Krieg

Immer grausiger werden die Berichte vom Krieg Israels gegen die Palästinenser. UNO-Generalsekretär Guterres spricht zum wiederholten Male von Völkermord und knapp bevorstehender humanitärer Katastrophe in Gaza. Jetzt sollen die Palästinenser:innen, die zuerst von Israels Armee in den Süden gedrängt wurden, weil sie dort sicher wären und ihnen Israel zunächst dort Sicherheit versprach, auch von dort weg. Sie können aber nirgendwo hin. Die Rechtsextremen in der israelischen Regierung wollen überhaupt die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza nach Ägypten und auch aus dem Westjordanland. Kriegspremier Netanjahu strebt ein Großisrael an. Das Leben der israelischen Geiseln ist ihm egal, nur Manövriermasse, um den Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung so lange wie möglich fortsetzen zu können.

Schon bald nach Beginn des Krieges sind auch in Österreich jüdisch-palästinensische Initiativen entstanden.

„**Standing Together**“ – Zusammenstehen, ist eine davon. Sie verurteilen den Krieg in Gaza und fordern Waffenstillstand und Frieden jetzt sofort.



Bild: Spinnrad, 4/23

Am 22. Oktober 2023 wurde das erste „Zusammenstehen“ von „Standing Together Vienna“ am Platz der Menschenrechte abgehalten. „Eine Mahnwache für die zivilen Opfer in Israel und Palästina. Vereint für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle“ veranstaltet von einem jüdisch-arabischen Bündnis für den Frieden im Nahen Osten. Seither finden die Mahnwachen statt.

Redebeitrag von Dalia Sarig-Fellner bei der Mahnwache in Wien am 19. November 2023

Als ich überlegt habe, was ich hier sagen möchte, sind viele Fragen aufgetaucht und nur wenige Antworten. Ich frage mich z.B., warum es wichtig ist, dass ich jetzt als Jüdin hier spreche. Zählt das Wort einer Jüdin mehr als die Worte meiner nichtjüdischen Freundin? Wenn das so ist und mein Wort mehr zählt, heißt das auch, dass ich mehr Verantwortung habe, meine Stimme zu erheben. Wenn ich als Jüdin mehr Verantwortung habe in diesem Konflikt, wie kann ich dann ruhig schlafen und im Schatten der Massaker leben, die gerade und sogar in meinem Namen angerichtet werden? Es gibt Jüdinnen, die ihre Stimme erheben, trotzdem oder gerade weil ihre Angehörigen von der Hamas verschleppt oder getötet wurden, wie Maoz Inon, dessen Eltern am 7.10. ermordet wurden. Er sagt in einem Interview wenige Tage nach dem Überfall: „Ich ertrinke in einem Ozean von Trauer und Schmerz, aber ich suche keine Rache. Rache wird die Katastrophe nur größer machen. Krieg ist nie die Antwort.“ Woher, frage ich mich, nimmt Maoz die Kraft und

den Mut, uns aufzurufen, für den Frieden zu stehen, und wie kann das sein, dass so viele Menschen in Israel, in Österreich und in der westlichen Welt noch immer wegschauen und scheinbar kein Mitgefühl mit den Menschen in Gaza haben? Und schließlich noch eine Frage: Was ist jetzt wichtig? Darauf habe ich eine klare Antwort: Das Morden in Gaza muss aufhören. Jetzt. Sofort.

Ich bin heute hier und erhebe meine Stimme, weil ich einen Traum habe. Und in diesem Traum ist Frieden nur ein erster Schritt. Ich sehne mich nach einem Miteinander, in dem jeder Mensch in Würde lebt, in dem uns Fürsorge, Menschlichkeit und gegenseitiges Verständnis verbindet, in dem wir uns in Liebe umarmen. In dem alle Menschen ihre Stimme erheben, wenn sie Unrecht sehen, und in dem alle Stimmen gleich gehört werden. Ihr steht heute hier mit uns zusammen, weil ihr dem Ruf eurer Menschlichkeit gefolgt seid. Dafür bin ich dankbar. Lasst uns gemeinsam zum Frieden mahnen, bis unsere Stimmen nicht mehr überhört werden können. Lasst uns weiter wachsam sein, auch wenn das Leid nicht mehr so offensichtlich ist oder gar an einem anderen Ort stattfindet. Stützen wir einander, wenn wir zu fallen drohen und gehen wir miteinander in eine friedliche Zukunft. Maoz Inon hat eine berührende Botschaft in die Welt geschickt. Mit dieser Botschaft möchte ich gerne enden: „Weint mit den Palästinensern und den Israelis! Unsere Tränen werden die Wunden auf beiden Seiten heilen.“ Danke.

Quelle: Spinnrad Nr. 4/2023



Bild: Not In our Name Vienna

Völkermord in Gaza – durch Waffengewalt und Hunger

Israels Machthaber haben auch nach dem UN-Teilungsbeschluss 1947, der beinhaltete, dass ein israelischer und einen palästinensischen Staat gegründet werden sollte, die Pläne eines Groß-Israels weiterverfolgt, d.h. ein Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan. So erklärte z.B. Ben Gurion, Israels Staatsgründer, 1947, dass Israel letztlich das ganze Land, „sei es durch Gewalt oder andere Mittel annectieren werden“. (Moskowitz, R., „Fusion von Himmel und Hölle“, in: Frankfurter Rundschau Online, 06.06.2000 bzw. <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/002349.html>)

Die Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land und Aneignung durch Israel war und ist Ziel der Herrschenden in Israel seit seiner Existenz.

Vor dem Krieg 1949 hatten bereits 200.000 bis 300.000 Palästinenser ihr Land verlassen oder waren vertrieben worden. Während der Kämpfe kamen weitere 300.000 bis 400.000 hinzu. Die Gesamtzahl der damals Vertriebenen und Geflüchteten wird auf etwa 700.000 Menschen geschätzt. Ende 2022 waren mit 5,9 Millionen rund 40 Prozent der Palästinenser:innen weltweit bei der UNRWA als Flüchtlinge registriert. Besonders hoch ist der Anteil der registrierten Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung im Gazastreifen mit rund 75 Prozent, im Westjordanland mit rund 30 Prozent und in Jordanien mit knapp 25 Prozent. Gaza wurde von Israel 1967 erobert und bis 2005 (40 Jahre) besetzt gehalten. Ab 2007 wurde es von der Hamas regiert. Israel kontrolliert weiter die Außengrenzen außer der südlichen Grenze zu Ägypten. In Gaza leben heute ca. 2,3 Millionen Palästinenser bis heute wie in einem Freiluftgefängnis. Pater Raed Abushalla, der ehemalige Leiter von Caritas Jerusalem, sagte 2017 im Interview mit Radio Vatikan zu Gaza, es sei „das größte Freiluftgefängnis der Welt“

https://www.archivioradiovaticana.va/storico/2017/06/14/israel_pal%25C3%25A4stina_gaza_ist_gr%25C3%25B6%25C3%259Ftes_freiluft-ge%25C3%25A4ngnis_der_welt/de-1318869). Und die jüdische Stimme Deutschland schrieb am 10.10. 2023: „16 Jahre Blockade, Mangel an sauberem Wasser, Strom, medizinischer Versorgung sowie regelmäßige Bombenangriffe haben Gaza zu einem Pulverfass gemacht. Gaza gilt laut UN seit 2020 als unbewohnbar. Was nun geschehen ist, glich einem Gefängnisausbruch, nachdem die Insassen zur lebenslangen Haft verurteilt wurden, nur weil sie Palästinenser:innen sind. Die israelische Regierung hat eine Kriegserklärung abgegeben, doch der Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung dauert schon 75 Jahre. Vertreibung, Bombardements, Verhungern, Verdursten, Beschränkung von Essen, Strom, Wasser – das sind die Wurzeln der Gewalt“. <https://www.juedische-stimme.de/stellungnahme-zum-aktuellen-gaza-krieg-und-der-gewalteskalation-in-israel>

Pläne der Vertreibung der Palästinenser aus Gaza und ebenso aus dem Westjordanland gibt es, wie erwähnt, von der Gründung des Staates Israel an. Schon bei der Staatsgründung sprachen seine Gründerväter vom Groß-

Israel. Groß-Israel beinhaltet Gaza und das Westjordanland, also die zentralen Lebensräume der Palästinenser, aus denen Israel sie vertreiben will, um sie sich einzuverleiben. Der spätere Ministerpräsident, Menachem Begin, hat bei der Staatsgründung, nach dem UN-Teilungsbeschluss von 1947, verkündet, die festgelegten Grenzen nicht zu respektieren und Israels Territorium vom Mittelmeer bis zum Jordan zu erweitern. Er sagte, „dass die Zerstückelung des Landes ein Verbrechen ist...“ Menachem Begin weiter: „Die Teilung von Palästina ist illegal. Wir werden sie nie anerkennen. Jerusalem war und wird immer unsere Hauptstadt sein. Groß-Israel wird dem israelischen Volk wieder zurück-gegeben. Das ganze Land. Für immer.“ (1947) (Zertal, I., „Nation und Tod, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“, S. 259, Wallstein-Verlag).



Protest im österreichischen Parlament gegen das Schweigen und Verschweigen in der veröffentlichten Meinung über den Völkermord in Gaza und für einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand jetzt.

(Bild: ORF, ZIB 17.00, 16.1.2024)

Israel hat als einziger Staat der Welt bis heute seine Außengrenzen nicht festgelegt. Israels Regierung spricht nach wie vor den Palästinensern das Recht auf einen Staat in den von der UNO festgelegten Grenzen ab und raubt deren Land. Die UNO sprach 1948 den Palästinenser:innen 45% des Landes zu. Bis heute hat Israel weitere 34% geraubt. 11% bieten sie den Palästinensern als ‚Fleckerlteppich‘ an. Einen Palästinenser-Staat lehnen sie strikt ab.

Bezalel Smotrich, Rechtsextremist, heute Israels Finanzminister und Minister im Verteidigungsministerium mit Zuständigkeit für die Zivilverwaltung in den palästinensischen Gebieten hat schon 2017 eine Vertreibung, genannt "Transfer" der Palästinenser:innen befürwortet. (Bezalel Smotrich, Israel's Decisive Plan, 2017, <https://hashiloach.org.il/israels-decisive-plan.>)

Diese Pläne betreffen selbstverständlich auch das Westjordanland, Land der Palästinenser! Dort leben derzeit 3 Millionen Palästinenser und dazwischen mittlerweile 500.000 israelische Siedler. 1993 waren es erst 100.000.

Fortsetzung nächste Seite

Das Land ist ein Fleckerlteppich, das ganze Land wird von der israelischen Armee kontrolliert, sie hat dort 700 Militärstützpunkte bzw. Kontrollstellen. Die Siedler haben eigene Straßen, die die Palästinenser nicht benutzen dürfen. Die neue Regierung Netanyahus mit dem rechtsextremen Parteibündnis Religiöser Zionismus und Siedler hat die Vertreibung der Palästinenser und den Landraub seit ihrem Start auf ihre Fahnen geschrieben. Der erste Satz der Regierungsleitlinien der neuen Regierungskoalition Dez. 2022 lautet: *"Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel – Galiläa, den Negev, den Golan sowie Judäa und Samaria [die biblischen Begriffe für das Westjordanland, Anm. d. Autorin] – fördern"* (zit. nach Carrie Keller-Lynn/Michael Bachner, Judicial Reform, Boosting Jewish Identity: The New Coalition's Policy Guidelines, 28.12.2022, <http://www.timesofisrael.com/judicial-reform-boosting-jewish-identity-the-new-coalitions-policy-guidelines>).

Und Bezalel Smotrich sagte, als er im Februar 2023 neue Befugnisse für das Westjordanland erhielt, u.a.: *...Es wird keinen Stopp beim Siedlungsbau geben. Nicht für einen Tag*“. <https://taz.de/Israels-Finanzminister-Bezalel-Smotrich/!5915764/16>

Und am 22.03. 2023 sagte er in Paris: *„So etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt“*. <https://www.tagesspiegel.de/internationales/so-etwas-wie-palastinenser-gibt-es-nicht-wie-israels-finanzminister-seine-rhetorik-verscharft-9541061.html>

Es gibt verschiedene Stimmen, die sagen, dass auch Ministerpräsident Netanyahu von dem Hamas Angriff auf Gaza schon vorher erfahren hat. Die Grenze zu Gaza war an diesem Tag kaum bewacht, das Militär von dort war ins Westjordanland abkommandiert, um eine Siedler-Veranstaltung zu schützen, so hieß es.

Israels Vernichtungs- und Zerstörungsfeldzug gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza wird in den westlichen Medien, vor allem in den Medien der USA, Deutschland und auch in Österreich als gerechtfertigte Verteidigungsaktion gegenüber den Hamas-Terroristen dargestellt. Systematisch trommeln die Regierungen und ihre Medien, das kleine Israel muss sich verteidigen. Und von den Rechtsextremisten heißt es, wir müssen Gaza zerstören sonst zerstören die Palästinenser uns?? Doch die rechtsreligiöse-rechtsextremistische Regierung braucht Angstmache bei ihrer Bevölkerung, braucht Terror und Staatsterror. Sie braucht Antisemitismus, um die Bevölkerung hinter sich zu scharen, um langfristig ihre Siedlungspläne umzusetzen, u.a. das ganze Westjordanland zu annektieren. Die Herrschenden in Israel unter Netanyahus Führung nahmen den Hamas Angriff zum Vorwand ihr Militär in einem mörderischen Kriegsfeldzug, zu einem gezielten Völkermord zu schicken. Sie betreiben gezielt Zerstörung, Verwüstung und wollen u.a. so viele Zivilisten wie möglich töten. Und sie wollen so viele Palästinenser wie möglich vertreiben. Das zeigt auch ein vertraulicher Bericht des holländischen Militärattachés an seiner

Botschaft in Tel Aviv (14.11.2023). Darin warnt er seine Regierung, dass Israels Armee beabsichtigt, vorsätzlich eine riesige Zerstörung der Infrastruktur und der zivilen Zentren im Gaza-Streifen zu verursachen, das erklärt die große Zahl an getöteten palästinensischen Zivilisten. Das Memo beschreibt Israels Aktionen als unverhältnismäßig und als eine Verletzung internationaler Abkommen und des Kriegsrechts. (<https://nltimes.nl/2023/11/14/dutch-embassy-warned-israel-uses-disproportionate-force-gaza>).

Netanyahu hat schon ca. Mitte Oktober 2023 Gespräche mit Katar bezüglich der palästinensischen Flüchtlinge, die ja auf Aufforderung der Israelischen Regierung wegen der Bombardements und Bodenkrieg vom Norden in den Süden Gazas an der Grenze zu Ägypten flüchteten, geführt. Ziel war es, Katar dazu zu bringen, gemeinsam mit Ägypten eine Zeltstadt für eine Million oder mehr Flüchtlinge in Ägypten in der Wüste zu finanzieren und zu errichten. Beide Regierungen, Ägypten und Katar haben diesen Vorschlag abgelehnt (aus: The Plan to wipe out Hamas, Seymour Hersh, Oct. 15, 2023).

Doch das größte Verbrechen, das das israelische Militär im Auftrag seiner Regierung derzeit in Gaza schon längst herbeiführt bzw. laufend begeht, ist das Hungerverbrechen. Gaza erlebt die größte Massenhungersnot, die es seit dem 2. Weltkrieg gegeben hat. Durch bewusstes Herbeiführen von Hungerkatastrophen, Krankheiten, Elend, Tod, verfolgt Israel weiter seine Völkermordpolitik.

Die palästinensische Bevölkerung erlebt die größte Massenhungersnot wie noch kein Volk davor. (Alex de Waal, The Guardian, 31.1.2024). Die Hungerkatastrophe in Gaza hat bereits begonnen, sie wird aktiv von den westlichen Komplizen Israels unterstützt. Noch dazu haben ein Teil der westlichen Staaten ihre Zahlungen an UNWRA eingestellt, der einzigen Organisation, die im Stande ist, den Menschen in Gaza noch wirksame Hilfe zu leisten.

Es gibt seit dem 2. Weltkrieg keinen Fall, in dem die gesamte Bevölkerung in so einem großen Ausmaß in so kurzer Zeit extremen Hunger, Armut und Krankheit erleidet. Schon Ende 2023 haben Ernährungsexperten darauf hingewiesen, dass wenn die Zivilbevölkerung in Gaza nicht in Kürze Wasser, Nahrung und medizinische Betreuung bekommt, ein größerer Teil an Hunger sterben wird. Israel verhindert gezielt die Versorgung der Zivilbevölkerung mit dem Notwendigsten, das ist Völkermord. USA, Großbritannien, Deutschland und alle anderen Staaten, die Israel unterstützen, sind Mittäter. (*Unless Israel changes its course, it could be legally culpable for mass starvation* Alex de Waal, The Guardian, 31. Januar 2024)

Alle Experten sind sich einig. Wenn nicht sofort ein Waffenstillstand geschlossen wird, sodass überhaupt Hilfe für die Bevölkerung nach Gaza gebracht werden kann, kommt es zum Hungertod von einer vielfach höheren Zahl an der Zivilbevölkerung als das Militär mit Waffengewalt bisher schon getötet hat.

Es ist 5 nach 12 !!!

**Gegen Völkermord – für einen sofortigen
Waffenstillstand !!!**

Ukraine-Krieg

Es gibt keinen Friedenswillen ...

Der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei der Ukraine, David Archamija, war am 29. März 2022 in Istanbul der Chefunterhändler Kiews bei den Gesprächen in der Türkei mit Russland über einen Waffenstillstand. Zu diesen Verhandlungen brachte die Ukraine nach Istanbul schriftlich u.a. folgende Vorschläge: Waffenstillstand, Rückzug aller russischer Militäreinheiten auf die Positionen vor dem 24. Februar – dem Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Ukraine verpflichtet sich zur permanenten Neutralität, sie schließt sich keinem Block an und wird keine Atomwaffen entwickeln, im Austausch erhält sie international gültige Garantien durch Staaten. Mögliche Garantie-Staaten sind Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland u.a.. Über die Krim und Sewastopol soll es bilaterale Verhandlungen für 15 Jahren geben und für diese Zeit verpflichtet sich die Ukraine, keine militärischen Handlungen gegen die russischen Truppen zu setzen. Über die von Russland als selbstständige Staaten anerkannten sogenannten Volksrepubliken im Donezbecken, solle noch gesondert gesprochen werden (<https://faridaily.substack.com/p/ukraines-10-point-plan>).

David Arachamija hat nun in einem Fernsehinterview im ukrainischen TV-Sender I+I Ende November 2023 bezüglich der damaligen Verhandlungen u.a. folgendes gesagt:

„Die Russen waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir die Neutralität akzeptieren würden, wie es Finnland einst tat. Und wir waren bereit, uns zu verpflichten, dass wir der NATO nicht beitreten würden.“... „Als wir aus Istanbul zurückkehrten, kam Boris Johnson nach Kiew und sagte: „Unterschreiben Sie nichts mit ihnen, ziehen Sie einfach in den Krieg.“ Das sagte Boris Johnson, damals englischer Premierminister, am 9. April 2022. (junge welt 9./10. Dez. 2023. S.3)

Boris Johnson, Vasall der USA überbrachte den Befehl der US-Regierung den Krieg fortzusetzen und Selenskyj, der Lakai der USA, gehorchte. Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA/NATO-Interessen und Russlands Interessen. Es sterben keine EU- oder NATO-Soldaten, sondern ukrainische und russische Soldaten und die Zivilbevölkerung.

Die USA streben u.a. unter Nutzung der Ukraine einen Regime-Sturz Putins an. Russland wäre mit seinen riesigen Boden-, Süßwasser-, Erdöl- und Erdgasschätzen eine ungeheuer lukrative Beute für das westliche Kapital. So haben die USA bis heute kein Interesse diesen Krieg zu beenden. Die Selenskyj-Regierung ist Erfüllungsgehilfe der USA. Die USA haben diesen Krieg über zwei Jahrzehnte lang vorbereitet und dann einen Kriegausbruch provoziert. Das US-Militär trainiert seit den 90iger Jahren Teile der ukrainischen Streitkräfte. Die USA haben in der Ukraine 2014 einen lange geplanten Putsch inszeniert um dort eine ihnen genehme Regierung

zu installieren. Und „der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten W. Janukowytsch 2014, der durch einen Putsch, der von der Regierung der USA lanciert..“, d.h. herbeigeführt wurde, abgesetzt worden war: (Jeffrey Sachs, US-Prof. an der Columbia Universität. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=Vd-q8SgW3g>).

„Die USA haben auch seit Jahren die Ausbildung und Ausstattung des Asow-Regiments betrieben, bekannt für seinen Rechtsextremismus und bekennende Neonazis. 2016 hatte der US-Kongress bereits eine Resolution verabschiedet, nach der das US-Militär die Neonazi-Organisation weder trainieren noch unterstützen oder mit Waffen versorgen darf. Das Pentagon erreichte allerdings, dass die Resolution aus dem Pentagon-Budget-Gesetz wieder entfernt wurde“.(Telepolis, 2.11.19) Das Asow-Regiment ist nun offizieller Teil der ukrainischen Nationalgarde, mit geschätzt 5.000 Mann.



Die USA haben durch die Aufnahme von weiteren Staaten in die NATO, die an Russland grenzen bzw. nicht weit von Russland entfernt sind bzw. durch die Aufrüstung dieser Staaten samt der dortigen Stationierung von Atomraketen Russland schrittweise eingekesselt und bedrohen es militärisch mehr denn je. (Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien) Sie haben u.a. auch die Ukraine militärisch und materiell dabei unterstützt, die Bevölkerung der Ukraine in Donezk und Lugansk seit 2014 mit Krieg zu überziehen und bis Februar 2022 dort 14.000 Menschen zu töten. 2019 haben die USA die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in der Ukraine veranlassen könnte.

(org/pubs/research_briefs/RB10014.html)

Die USA haben darauf hingearbeitet, dass Russland zuletzt am 24. Februar 2022 seinen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine begann. Seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sind geschätzt 100.000 ukrainische Soldaten gefallen. Sie sterben für die Profite der USA und auch der ukrainischen Oligarchen. Die Bevölkerung zahlt die Zeche, schon vor dem Krieg lebten in der Ukraine 45% unter der Armutsgrenze. Der Staat ist völlig korrupt und bankrott. *Fortsetzung nächste Seite*

Anfang November 2023 hat nun der oberste Befehlshaber der ukrainischen Armee Waleri Saluschnij in einem Interview gesagt, dass die ukrainische Offensive erfolglos war und der Krieg de facto nicht zu gewinnen sei. Und er habe, so heißt es, mit den USA darüber gesprochen, mit Russland über eine Beendigung des Krieges zu verhandeln.

Selenskyj hat nun im Januar 2024 zuerst W. Saluschnij, seinen obersten Militär, aufgefordert, freiwillig zurückzutreten, dieser hat sich aber geweigert, dem Befehl nachzukommen. Selenskyj hat dann am 8.2. 2024 den Oberbefehlshabers abgesetzt und als neuen Chef General Syrskyj ernannt.

Die deutsche Zeitschrift „Die Zeit“ schreibt unter dem Titel: „Der General für riskante Manöver, Syrskyj, seit Donnerstag neuer Armeechef, ist umstritten. Manche Soldaten nennen ihn „Schlächter““. (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/oleksandr-syrskyj-ukraine-krieg...>). Den Beinamen Schlächter habe er, weil er dafür bekannt sei, eine große Zahl seiner Soldaten rücksichtslos

in den sicheren Tod zu schicken, z.B. bei den Kämpfen um Bachmut. Die USA glauben angeblich nicht, dass Selenskyj die Rückeroberung der von Russland annektierten Gebiete gelingen kann. (Die Presse: „Ist es vorbei mit der Rückeroberung?“ 29.01.2024)

Die USA verlangen von Selenskyj, dass „die Ukraine sich in der Defensive eingräbt, um Russland langfristig ausbluten zu lassen“. Denn ein Zermürbungskrieg gegen Russland, der größere militärische Kräfte bindet, kann zu einer langfristigen Schwächung Russlands führen, das ist weiterhin im Interesse der Herrschenden der USA. Ebenfalls in ihrem Interesse ist die Schwächung Deutschlands, der stärksten Wirtschaftsmacht Europas, in Folge des Ukraine-Krieges. Schon die Sprengung von Nord-Stream 2 durch die USA und die Stilllegung von Nord-Stream 1 hat die deutsche Industrie geschwächt, im Windschatten des Krieges schreitet Deutschland jedoch nun zu weiterer Aufrüstung (100 Milliarden), alles zahlt, wie immer, die Bevölkerung.

AKW-Katastrophe von Fukushima – IAEA – WHO

Das lange Sündenregister der IAEA

Aufruf der Wiener Plattform Atomkraftfrei

Protestkundgebung am Fukushima-Gedenktag
Montag, den 11. März 2024, 10.30 – 13.00 Uhr

Ort: vor der IAEA, Wagramer Straße 5, 1220 Wien, U1 bis Haltestelle Kaisermühlen VIC, dann ca. 3-4 Minuten zu Fuß weiter Richtung UNO-City bis vor die IAEA-Zentrale.

Anlässlich des 65. Jahrestages des Abkommens zwischen der IAEA (International Atomic Energy Agency) und der WHO (Weltgesundheitsorganisation) erinnern wir an ein paar der abscheulichsten Untaten:

Die IAEA

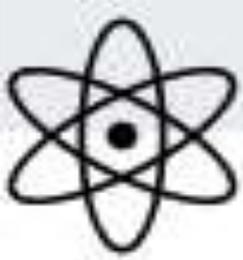
- bezeichnet die Einleitung des mit Tritium verseuchten Wassers ins Meer bei Fukushima als „einwandfreie Entsorgung“ befürwortet viel zu hohe Grenzwerte für radioaktiv verseuchte Lebensmittel
- propagiert Atomkraft als Lösung gegen den Klimanotstand
- will im März bei einem Gipfel mit der EU Atomkraft als Mittel zur Erreichung der „Nachhaltigkeitsziele“ der UNO bewerben



Dagegen protestieren wir! Wir warnen: Atomkraft ist ökologisch, technologisch und wirtschaftlich eine Untergangstechnologie! Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien und dem verantwortungsvollen Umgang mit allen Ressourcen! Kommt vorbei, macht mit bei unserer Demo und bringt Freundinnen, Freunde, Verwandte, Kolleginnen, Kollegen mit! Jede/r ist willkommen, jede/r wird gebraucht.

Wer dabei sein und mithelfen will meldet sich bitte unter: ggae@gmx.at, Kennwort: IAEA-Protest.

*



Im Namen von Frieden, Klimaschutz und Energiesicherheit:

Atomkrieger und Atommafia in West und Ost am Werk

Atomwaffen

12.500 Atomwaffen gibt es dzt. weltweit. Etwa 4.000 sind sofort einsatzfähig, 2.000 davon in ständiger Höchstalarmbereitschaft. 90% aller Atomwaffen entfallen auf USA und Russland, 400 hat China, 164 Indien, 290 Frankreich, 250 Großbritannien. Als NATO-„Schutzschild“ haben die USA in Europa 150 Atombomben stationiert, vor allem in Deutschland (20), aber auch in Belgien, Holland, Italien, und der Türkei. Allein in den beiden Jahren 2022 und 2023 wurden für Atomrüstung jährlich (!) an die 80 Milliarden Euro ausgegeben – Tendenz steigend! (Quellen: ICAN; SIPRI; Kurier, 16.2.2024). Das sind Milliarden, die für die Bekämpfung von Hunger und Armut, für Gesundheit oder Bildung, insgesamt für soziale Sicherheit, verloren gehen, aber bitter nötig sind. Stattdessen reden die (Atom)Krieger von „militärischer Sicherheit“ und überziehen die Erde mit unendlichem Leid, Verletzten, Invalidität, Krankheit, Millionen von Toten sowie Natur- und Umweltzerstörung.

Noch mehr Atombomben für Europa?

Den Ukrainekrieg und die Drohung von US-Kriegstreiber Trump, der den amtierenden US-Präsidenten-Kriegstreiber Biden ablösen möchte, Europa nicht mehr „schützen“ zu wollen, wenn nicht genug in die USA/NATO-Hochrüstungs-Kasse eingezahlt wird, nehmen Kriegstreiber in der EU zum Anlass eine eigene Atombewaffnung, eine EU-Atombombe zu fordern. Das reicht vom französischen Präsidenten Macron bis zu deutschen SPD- und CDU-Spitzenpolitikern. Interesse daran hat vor allem Deutschland, denn Großbritannien (nicht mehr in der EU) hat schon Atombomben, genauso wie Frankreich, das in der EU ist und deshalb Deutschland eine „gemeinsame“ französisch-deutsche EU-Atombombe vorgeschlagen hat. Da kommt wieder das von Deutschland forcierte NATO-EU-Sky Shield-Projekt ins Spiel das zur Raketen-Abschreckung gegen Osten/Russland dienen soll – und dann im Falle des Falles eben auch mit „europäischen“ Atombomben bestückt werden könnte.

Entgegen dem Willen der Bevölkerung und der verfassungsgemäßig verankerten immerwährenden Neutralität Österreichs wollen unsere Machthaber unser Land in die Sky Shield-Aufrüstung und Österreich so in künftige Kriege hineinziehen.

Atomkraftwerke

Rund 400 AKWs gibt es weltweit. 100 davon stehen in Europa – das ist fast die Hälfte der AKWs (177) von 1989. Deshalb wollen im Namen von Klimaschutz und Energiewende trotz neuerlicher Erdbeben (Japan) und Erbebengefahr (Slowenien), die japanische, oder in Euro-

pa mit Hilfe der EU-„Green-Deal“-Kreditfinanzierung auch die slowenische, französische, polnische, italienische, schwedische oder tschechische Regierung AKWs wieder in Betrieb setzen oder neue AKWs bauen.

Japan: Beim jüngsten Erdbeben in Japan mit der Stärke 7,6 wurde vertuscht, dass das 65 km entfernten AKW Shika beschädigt wurde und dass im Atomkomplex von Fukushima, die nach dem Atomunfall von 2011 errichtete Tsunami-Schutzmauer jetzt schief steht und das Erdbeben stärker war als die Sicherheitsauslegung des AKWs

Polen: Regierungen wechseln, die Atommafia bleibt. So hat der neue Premier Tusk sogleich einen Atomvertrag mit Frankreich geschlossen.

Schweden: Die Sozialdemokraten (SP) peitschten im Mai 2022 noch als Kanzlerpartei und kurz vor den Parlamentswahlen das Beitritts-gesuch für einen NATO-Beitritt Schwedens durch – gemeinsam mit den oppositionellen Konservativen, Moderaten, Liberalen und den rechtsextremen Schwedendemokraten. Grüne und Linke waren dagegen. Der „Lohn“ war, dass die SP die Wahlen im September 2022 verlor. Mittlerweile ist eine konservative Regierung unter Beteiligung der Schwedendemokraten im Amt. Noch bevor der NATO-Beitritt auch formal vollzogen wurde (Ungarn blockiert noch) hat die konservative Regierung einen Sondervertrag mit den USA über die Stationierung von US-Soldaten an 15 Standorten in Schweden abgeschlossen. Die US-Soldaten unterstehen dem US-Recht, nicht dem schwedischen Recht, bilden also so etwas wie einen Staat im Staate. Aber nicht genug damit, dass Schweden so auch unter das atomare USA/NATO-Kommando kriecht, hob es das seit 2018 bestehende Verbot der Erkundung, des Abbaus und der Verarbeitung von Uran in Schweden auf und beschlossen den Bau von zehn neuen AKWs.

Tschechien: Das Land war zuletzt der viertgrößte Stromexporteur der EU. Die eigene Bevölkerung wird dem Atomrisiko vor allem für den Stromexport-Profit ausgesetzt. Dafür will die Regierung die Lebensdauer von AKWs sogar bis auf 60 Jahre verlängern und beide AKW-Standorte Temelin und Dukovany ausbauen. Der zum AKW-Betrieb nötige Kernbrennstoff wird ab diesem Jahr nicht mehr von Russland, sondern von der französischen Framatome und dem US-Atomkonzern Westinghouse geliefert. Tschechien kommt so vom Regen in die Traufe.

Atom-Ratschläge aus den USA für Österreich: Bevor das Mandat für John Kerry als „Klimaschutzbeauftragter“ der USA auslief, erteilte er auf der IEA-Konferenz Österreich noch Atom-Ratschläge. Schon auf der letzten COP28-Konferenz tat sich der frühere US-Außenminister

Fortsetzung nächste Seite

als Atomlobbyist hervor. Um von der russischen Gas-Abhängigkeit wegzukommen und den Klimawandel zu bewältigen, solle Österreich doch auf Atomkraft setzen. Eine doppelte und dreifache Heuchelei. Die USA beziehen selbst Atomtechnologie aus Russland, steht Rosatom auch nicht auf der US-Sanktionsliste und wollen die USA selbst ihre Atomtechnologie und Kernbrennstoffe verkaufen. Wie zum Beispiel das oben geschilderte Beispiel mit Westinghouse in Tschechien zeigt.

Atombetreiber in Österreich

Auch bei uns lässt die Atomlobby nicht locker. So lud die Österreichische Nationalbank (ÖNB) im Jänner zum „Expertendialog zur Energiewende“, weil es „Neue Ansätze in der Kernkrafttechnologie“ gäbe. Der „neue Ansatz“ war eine Werbeveranstaltung für eine Grazer Privatfirma, die ohne konkrete Zahlen und Daten Mini-AKW's (SMRs) bauen und dafür 250 Millionen Euro bei Investoren einsammeln will. Protegiert wurde das schon im Vorjahr vom 3. Nationalratspräsidenten der FPÖ, Norbert Hofer, und jetzt vom FPÖ-nahen ÖNB-Gouverneur Robert Holzmann. Alles auf Steuerzahlerkosten und obwohl es in Österreich ein Atomwaffenverbot und AKW-Verbot in Verfassungsrang gibt. Zudem: AKW's teuer, gefährlich, kein Ausweg aus der Klimakatastrophe. (siehe: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF_FB_17-2-22_endf.pdf).



Kosten von Atomunfällen

Die volkswirtschaftlichen Schäden von Unfällen und Katastrophen in AKW's sind enorm. Seit den 1950er Jahren bis 2014 verursachten Atomunfälle – die größten waren Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) – Kosten von mehr als 500 Milliarden (Tagesschau, 11.3.2014). Allein für die „Beherrschung“ der Folgen des Super-Mega-GAU's in Fukushima steigen lt. japanischem Industrieminister Hiroshige Seko die Kosten künftig auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr (TAZ, 15.10.2016). Ganz zu schweigen von den Kosten der künftigen 10.000de Jahre dauernden Lagerung des strahlenden Atommülls.

Münchner Kriegskonferenz

Das seit Jahrzehnten jährlich als „Sicherheitskonferenz“ stattfindende Megatreffen von Politik, Militär Wirtschaft und Rüstungsindustrie aus der ganzen Welt in München ist in Wirklichkeit eine Konferenz der Kriegstreiber. Zur sog. „Atomwaffendebatte“ auf der Konferenz musste selbst der sonst stromlinienförmig stramm berichtende ORF-Journalist Andreas Pfeifer wortwörtlich in der ZIB 1 am 18. 2. 2024 feststellen: **„Ja, diese Debatten haben gezeigt, dass der Lauf der Welt nicht von Diplomaten, sondern eher von Kriegstreibern bestimmt wird.“**

Ganz unverblümt verkehrte der deutsche SP-Bundeskanzler Scholz Willi Brands Satz „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ ins Gegenteil indem er sagte: „Ohne Sicherheit ist alles nichts“ und somit für „Abschreckung“, also noch mehr Kriegsausrüstung eintrat. Denn wenn die Herrschenden von „Sicherheit“ reden, dann meinen sie Krieg. Folgerichtig verlangte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen noch mehr Geld aufzuteilen für noch mehr EU-Rüstung und die **„gezielte Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie mit guten Arbeitsplätzen“** (Kurier, 18.2.2024).

Wie gerufen kam da, dass am 9. Feruar in Deutschland das SPD-Wirtschaftsforum, die IG Metall und der Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), ein gemeinsames Positionspapier zu **„Industriepolitischen Leitlinien und Instrumenten für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“** vorstellten. Damit ist **„eine neue Gemeinschaft deutscher Kriegspolitik mit der Superprofite witternden Rüstungsindustrie und der größten Industriegewerkschaft der Welt, der IG Metall, entstanden ... Der »Burgfrieden« der SPD-gelenkten Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg war im Vergleich dazu dürftig.“** (Junge Welt 9.2.2024)

Aber wir brauchen nicht lange nach Deutschland schauen. Von der Leyen kann sich auch über Österreich freuen. Die gerade um 1,8 Milliarden Euro bestellten 225 Pandur-Panzer für das Bundesheer schaffen laut Medien „gute Arbeitsplätze“ in Österreich. Hauptgewinner ist aber die GDELS-Steyr (General Dynamics European Land Systems), ein Unternehmen von General Dynamics, einem der weltweit größten US-Rüstungskonzerne.

Das sollen „gute Arbeitsplätze sein? Arbeitsplätze für Krieg und Totschlag sind das. Das wird den arbeitenden Menschen auf den Kopf fallen. „Sichere Arbeitsplätze“ in der Rüstungsindustrie bis 2032 jubelt der Chef von GDELS. Und dann? Noch mehr Panzer und Rüstung. Und dann? – Krieg! „Arbeitsplatz“ Schlachtfeld! Das Geld wird für Zerstörung und Tod verpulvert statt für Bildung und Soziales eingesetzt. Die Panzer-Besteller und PanzerHerstellerbosse profitieren und machen sich dann aus den Staub. Das Fußvolk darf jetzt für die Profite der Bonzen und Bosse „sicher“ arbeiten, wird dann aber sicher für die Kriegsprofite der Oberen sterben geschick werden – wenn wir uns nicht schon jetzt wehren.

Mit Bedrohungsszenarien, Angstmache und falschen „Sicherheits“-Versprechen zur Kriegsbeteiligung Österreichs

Militär, Wirtschaft und Regierung wollen die Menschen in Österreich „kriegstauglich“ machen



Alle Medien trommeln die Propaganda der Militärs und der Rüstungsindustrie und ihrer willfährigen Politiker.

Das neutrale Österreich bedroht niemanden und wird von niemanden bedroht. Es ist von lauter EU- und NATO-Staaten mit Ausnahme der neutralen Schweiz und dem Fürstentum Lichtenstein umgeben. Wenn Österreich keinen kriegerischen Akt setzt oder keine Maßnahmen trifft, die auf die Vorbereitung auf oder die Teilnahme an Kriegen auf irgend einer Seite abzielen, ist es nicht bedroht.

Seit vielen Jahren aber schon, lange vor dem Ukrainekrieg, arbeiten die Regierungen aller Parteifarben daran Österreich trotz seinem neutralen Status vor allem in die EU-Militarisierung immer stärker einzugliedern, gleichzeitig aber auch an die NATO anzubinden oder ihr gar beizutreten. Dies ist in vielen unserer Aussendungen und Zeitungen und auf unserer Website nachzulesen.

Schon 2019 hatte der damalige Verteidigungsminister der Übergangsregierung Bierlein, Thomas Starlinger, im Zustandsbericht „Unser Heer 2030“ 16 Milliarden Euro für das Bundsheer verlangt. Mit dem Ukrainekrieg haben nun Regierung und Militärs, die Österreich in die EU/NATO-Militarisierung und Kriegsteilnahme drängen wollen, den idealen Anlass ihre Pläne wahr zu machen.

Um die Milliarden für die Aufrüstung zu erhalten, wurde 2019 damit gedroht, dass ansonsten der Katastrophenschutz nicht mehr gewährleistet wäre. Seitdem wird die Dosis der Drohungen erhöht. 2022 hieß es, Österreich müsse enger mit der EU/NAO kooperieren, weil Russland auch Österreich überfallen werde. Aber die EU müsse eine „Restneutralität“ Österreichs akzeptieren. Wir sagten schon damals: wir wollen keine Restneutralität, wir wollen die volle Neutralität! 2023 sprachen die Militärs schon davon, dass die „Neutralität ein Sicherheitsrisiko“ sei und 2024 wird sogar behauptet: „die Neutralität gefährde die Sicherheit Österreichs“. Parallel dazu wird das Rüstungsbudget erhöht – mittlerweile auf 18 Milliarden Euro bis 2032 – und eingekauft, was das Zeug hält: Hubschrauber,

Panzer und – wenn es nach Kriegsministerin Tanner geht, Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen über die Teilnahme Österreichs an Sky Shield.

Die Propagandalüge vom „Schutzschirm“

*Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern ein Teil des USA/NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland. Es soll dazu dienen, einen atomaren Erstschlag gegen Russland sicherzustellen. Russland soll damit gelähmt, eine Rückschlagskapazität Russlands so unmöglich gemacht werden. Westliche, z.B. kanadische Autoren, trauen den USA aufgrund der US-„Präventivstrategie“ zu, sogar einen dritten Weltkrieg zu riskieren. (Quelle: FOCUS online: Atomarer Erstschlag als Option? Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem dritten Weltkrieg). Aktuell bedeutet das, mit Hilfe von Sky Shield einen Atomkrieg gegen Russland zu riskieren. Sky Shield ist **das Vorhaben**, vom kalten Krieg wegzukommen und **einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen.***

Ungeheuerlich! Sky Shield ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes NATO-Raketenangriffssystem von EU-Staaten, das uns als „Schutzschirm“ verkauft wird! Es ist mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar **Eine Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich! Erst seine Einführung und Teilnahme daran macht uns zum Angriffsziel!**

Der Hintergrund für diesen Verschleierungs- und Propaganda-Feldzug gegen die eigene Bevölkerung ist folgender: Seit dem Ukrainekrieg 2022 sind 80 bis 90% der Österreicher und Österreicherinnen für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität. Mehr als in den Jahren davor, wo noch nicht offen und noch nicht in Europa Krieg geführt wurde. Zuletzt war die Zustimmung zur Neutralität Ende der 1990er Jahre ähnlich hoch. Der Grund: Der Krieg gegen Jugoslawien, der im Flugzeugbombardement der USA auf Serbien mündete. Der damalige SPÖ-Bundeskanzler Klima ließ zur Europawahl die Neutralität plakatieren, und gewann ein Mandat dazu.

Mitlerweile kommt die Regierung mit ihrem tödlichen Schmä, dass die ganze Aufrüstung Österreichs, die einseitige Parteinahmen, zunehmende Teilnahme an Kriegsvorbereitungen mit und in der EU und in Kooperation mit der NATO vor allem gegen Osten (Russland, China) mit der Neutralität vereinbar sei – wie es Kanzler Nehammer, Tanner oder Schallenberg immer betonen, bei den Leuten zunehmend weniger an.

Fortsetzung nächste Seite

So sagen in einer Umfrage zum Anlass des 2. Jahrestags des Ukrainekriegs 51% der Österreicher:innen, dass Österreich „nicht mehr neutral, die Neutralität ausgehöhlt ist.“ Wollen tun sie das aber nicht. Denn gleichzeitig sind 78 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der Neutralität. Einen Angriff Russlands im Falle eines Sieges in der Ukraine befürchten trotz zweijähriger Dauerpropaganda nur 31% der Befragten. Und 41% würden Österreich im Ernstfall „auf keinen Fall“ mit einer Waffe verteidigen (Unique Research, APA, 19.2.2024).

Kurzum: Die Österreicher:innen wollen nicht kriegstauglich sein und auch nicht kriegstauglich gemacht werden! Gut so!

Deshalb greifen gleichzeitig die Militärs, sozusagen in einem Spiel der verteilten Rollen, zu dem was sie am besten zu können glauben: sie pfeifen zum Angriff. Sie drehen den Spieß um und erklären nicht ihre Kriegsvorbereitungen, sondern die Neutralität Österreichs und das Nicht-Teilnehmen-Wollen der Bevölkerung an ihren Kriegen um Macht, Einflussspähren und Profite zur Gefahr für die Sicherheit Österreichs. Doch:

- Nicht der Einsatz des Heeres für Profitinteressen der Konzerne erhöht unsere Sicherheit. Im Gegenteil. Das macht unser Land erst recht zur Zielscheibe.
- Nicht Anschluss an EU-Kriegsunion bzw. NATO, sondern aktive Neutralitätspolitik bringt Sicherheit.

- **Aktive Neutralität bedeutet, sich diplomatisch, wirtschaftlich, meinungsmäßig dem Krieg zu verweigern**, aktiv gegen Kriegstreiber aufzutreten, diese zu benennen und zu verurteilen und keinesfalls Geld, wirtschaftliche Ressourcen, zivile oder militärische Kräfte zur Verfügung zu stellen und um keinen Preis und in keinem Fall sich selbst propagandistisch, wirtschaftlich oder militärisch an Kriegsvorbereitungen und Kriegen zu beteiligen.
- **Wir wollen weiter kriegs-UN-tauglich sein!**
- **Wir wollen kein Kanonenfutter sein!**
- **Wir wollen ein immerwährend neutrales Österreich bleiben und uns in keine neuen Kriege hineinziehen lassen.**
- **Das ist der Wunsch und Wille der überwältigenden Mehrheit der Österreicher:innen.**
- **Dem müssen die auf die Verfassung angelobten Regierungen und alle Organe des Staates entsprechen!**

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen - Das Redaktionsteam

Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

**BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende**



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum